



KONTRA

ATALANTA IST KEINE FRIEDENSMISSION

Die Schweiz hat international nicht den Ruf, sich auf imperialistische Weise als «Weltpolizei» aufspielen zu wollen. Unsere Rolle ist vielmehr jene der Vermittlung, der Friedensförderung, der Friedenserhaltung und der humanitären Hilfe. Punktuell auch mit Unterstützung militärischer Präsenz zum Schutze der Zivilbevölkerung im Rahmen einer Uno-Mission. Und das ist gut so.

Die EU-Militärmission NAVFOR Atalanta, die seit dem 13. Dezember 2008 (ohne die Schweiz) läuft, ist keine Friedensmission. Es geht nicht darum, Gewalt an der Zivilbevölkerung durch Morde, Brandschatzungen, Vergewaltigungen und ethnische Säuberungen zu verhindern. Es geht bisher auch nicht darum, die Hauptursachen für die Piraterie vor Somalia zu bekämpfen.

Der Armeeeinsatz vor Somalias Küste ist bloss Symptom- statt Ursachenbekämpfung. Somalia ist politisch und wirtschaftlich zerfallen. Dringend ist der Aufbau eines stabilen, funktionierenden Staatssystems. Das Land wird von Bürgerkriegen heimgesucht, von Warlords beherrscht. Hunger und Armut gehören zum Alltag der Bevölkerung. Die Infrastruktur liegt am Boden, es gibt keine Jobs und keine Zukunftsperspektiven. Kein Wunder, versuchen da junge Leute in T-Shirt und Sandalen, vom organisierten Verbrechen ausgerüstet mit Maschinengewehren und Panzerfaust, ihr Glück in der Piraterie auf hoher See.

Das war nicht immer so: Lange Zeit boten die reichen Fischgründe vor der Küste Somalias eine wirtschaftliche Grundlage für die BewohnerInnen des Landes. Doch seit dem Zerfall der letzten funktionierenden Regierung fischten europäische und asiatische Fischerunternehmen illegal die somalischen Gewässer leer. Die lokalen Fischer verloren ihre Lebensgrundlage. Für den Schutz der Handelswege vor den Piraten werden

nun etliche Millionen investiert, dutzende von Kriegsschiffen und tausende von Soldaten aufgeboden. Doch das wirkliche Problem wird damit nicht an der Wurzel gepackt.

Gemäss Argumentation der Befürwortenden will die Atalanta Mission die Schiffe des Welternährungsprogramms (WEP) schützen, den Handelsschiffen in dieser Zone Schutz bieten und die Piraterie vor Somalia bekämpfen. Schauen wir genauer hin: Der Schutz des Welternährungsprogramms leuchtet ein, ist aber schon gewährleistet. Der Schutz der Handelsschiffe ist primär eine polizeiliche und nicht eine militärische Aufgabe. Was die Bekämpfung der Piraterie betrifft, böte sich für die Schweiz eine bessere und sinnvollere Möglichkeit, indem sie sich stärker in der Ursachen- statt der Symptombekämpfung engagieren würde. Dies war auch die Stossrichtung eines Antrags der SP, der in der vorberathenden Kommission durchgekommen ist.

Der Armeeeinsatz wirft auch in der personellen Besetzung Fragen auf. Rund die Hälfte des 30-köpfigen Kontingents würde durch das sogenannte Armeeeinsatzdetachment (ADD10) gestellt. Für die Piraterie-Bekämpfung auf hoher See wurde aber auch diese Schweizer Sondereinheit nicht geschaffen und nicht ausgebildet. An einer Piratenjagd beteiligen dürften sich die Schweizer Soldaten laut Einsatzdoktrin ohnehin nicht: «Offensivaktionen gegen Piraten an Land oder auf See sind ausgeschlossen und in den Einsatzregeln der Operation Atalanta auch nicht vorgesehen.» Stellt sich die Frage, was dann der Einsatz der AAD10 soll. Offenbar erschöpft sich die Argumentation für den Einsatz dieser Schweizer Militär-Sondereinheit vor Somalias Küste in deren Existenzberechtigung. Ein SP-Antrag, diese Truppe nicht mitzusenden, hatte jedoch in der Kommission keine Chance.

Max Chopard-Acklin, Nationalrat, Nussbaumen



links publiziert

Schweizerische Monatshefte

Sonderausgabe

Was ist los mit der Schweiz?

Wie kommt es, dass das Schweizer Polit- und Wirtschaftsestablishment gegenwärtig so unglücklich und unvorbereitet agiert? Diese Frage beschäftigt zurzeit die ganze Schweiz. Eine klare Vorstellung über die Zukunft des Landes fehlt;

die Schweiz reagiert lieber, als dass sie agiert. Die Schweiz muss sich neu erfinden – und zwar jetzt! Angesichts dieser Führungskrise haben die «Schweizer Monatshefte» eine Sonderpublikation herausgegeben – unter anderem mit einem Beitrag von SP-Vizepräsident Cédric Wermuth zum Thema «Enteignete Demokratie».

www.schweizermonatshefte.ch

Widerspruch

Nr. 56

Krankes Gesundheitswesen?

Die aktuelle Ausgabe 56 von «Widerspruch» beschäftigt sich mit der politischen Grossbaustelle im Gesundheitswesen. Unter anderem mit Beiträgen von Nationalrätin Christine Goll («Für eine soziale Gesundheitsversorgung in der Schweiz – Persönliche Gesundheitsstelle (PGS) und weitere Alternativen») und dem Waadtländer Gesundheitsdirektor Pierrre-Yves Maillard («Chaos im Gesundheitswesen – Tiefgreifende Reformen sind unumgänglich»).

www.widerspruch.ch

Andi Gross:

«Die unvollendete Demokratie»

Ideen zur Demokratisierung Europas und der Globalisierung. 250 Seiten. Preis: rund 25 Franken. Bestelladresse: Editions le Doubs, Postfach, 2882 St-Ursanne.

www.andigross.ch

